

Mehr als 300 Einwände zur Ortsumgehung in Rheidt

Anhörung zur L 269 N ist für den 15. und 16. Juni terminiert. Planfeststellungsverfahren schreitet zügiger voran. Finanzierung fehlt

NIEDERKASSEL. Schneller als erwartet nimmt das Planfeststellungsverfahren zum südlichen Teil der Ortsumgehung L 269 N nun doch noch Fahrt auf. Wie berichtet hatte der SPD-Landtagsabgeordnete Achim Tüttenberg mitgeteilt, dass die noch ausstehende Anhörung am 15. und 16. Juni stattfinden kann, entgegen der bisherigen Planung also noch vor den Sommerferien. Nach einer personellen Umbesetzung in der Bezirksregie-

rung habe der Termin zur Bürgeranhörung vorgezogen werden können.

Die beiden Junitermine in der Aula der Realschule Mondorf bestätigt der Erste Beigeordnete Helmut Esch. „Wir haben der Bezirksregierung diese beiden Termine vorgeschlagen.“ Jeweils von 10 bis 16 Uhr haben die Bürger dann die Möglichkeit, ihre Einwände erneut zu begründen. Sobald alle 300 Einwände abgearbei-

tet seien, entscheide die Bezirksregierung darüber, was dann noch in den Planfeststellungsbeschluss münde, so Esch. Für die Bürger, die mit dem Ergebnis nicht einverstanden seien, gebe es danach noch eine einmonatige Klagefrist. Etwaige Gerichtsverfahren würden die Planungen weiter verzögern. Sollte indes dieses Jahr noch der Planfeststellungsbeschluss gefasst werden können, sei das ein „sehr großer Schritt“. Was aller-

dings noch fehle, sei die Finanzierung sowie und die entsprechende Priorisierung des Bauvorhabens, auf das die Niederkasseler schon seit zehn Jahren warten.

2005 wurde der erste Bauabschnitt der Umgehungsstraße um Lülsdorf, Ranzel und Niederkassel eingeweiht. Der endet jedoch an der Rheidter Marktstraße. Die Planungen für den zweiten Bauabschnitt befinden sich nach zahlreichen Bürgerprotesten der Inte-

ressengemeinschaft „L 269 N – Jetzt“ sowie einer Ratsresolution im vergangenen Jahr nun endlich auf der Zielgeraden. Bisher stehe allerdings in der Landesplanung nur fest, dass die Umgehungsstraße bis zum Planfeststellungsbeschluss weiterbetrieben werden solle. Weder Finanzierung noch die notwendige Priorität durch den Landesbetrieb Straßen stünden fest, dämpft Esch jedoch allzu optimistische Erwartungen. wt